

Walsroder Erklärung

Niedersachsen **nach vorne bringen**

*Beschluss des
Landesvorstandes der CDU in Niedersachsen
20. Januar 2017 in Walsrode*



CDU

Niedersachsen nach vorne bringen

Die CDU in Niedersachsen ist die stärkste politische Kraft in unserem Land. Dies haben wir jüngst bei den Kommunalwahlen 2016 unter Beweis gestellt. Unser Ziel ist eine bessere Politik für die Menschen in Niedersachsen. Wir wollen unser Land nach vorne bringen. Das ist nur möglich mit einem Regierungswechsel bei der Landtagswahl am 14. Januar 2018. Niedersachsen hat es verdient, endlich wieder verantwortungsvoll und verlässlich regiert zu werden. Die CDU in Niedersachsen weiß um die große Verantwortung für unsere Heimat und alle Menschen in unserem Bundesland. Dem wollen und werden wir uns stellen.

Für mehr Verantwortung

Niedersachsen braucht den Regierungswechsel, um ein wettbewerbsfähiger und attraktiver Wirtschaftsstandort in der Mitte Europas zu bleiben. Zu unseren Stärken gehören die Vielfalt aus kleinen und mittleren Unternehmen, dem Handwerk und einer starken konkurrenzfähigen Industrie, vielen Dienstleistungsunternehmen sowie eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur. Die Arbeitnehmer und die Unternehmer bilden das Rückgrat der niedersächsischen Wirtschaft. Ihr gemeinsamer Einsatz ist Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg Niedersachsens. Sie tragen mit ihrer Leistung zum Gelingen einer Sozialen Marktwirtschaft und zum Wohlstand des gesamten Landes bei.

Mit beispielloser Geschwindigkeit verändert die Digitalisierung die Arbeits- und Produktionsprozesse in der Wirtschaft, aber auch in allen anderen gesellschaftlichen Lebensbereichen: in der Bildung, in Wissenschaft und Forschung, im Gesundheitswesen, in der Landwirtschaft und auch im Freizeitangebot.

Die CDU in Niedersachsen will die Chancen der Digitalisierung ergreifen und gestalten. Das schließt den verantwortungsvollen Umgang mit sensiblen persönlichen Daten ein. Die Basis dafür ist der flächendeckende und zügige Ausbau einer zukunftsweisenden Breitbandinfrastruktur. Hier muss Niedersachsen schneller vorankommen. Niedersachsens wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Attraktivität für die Menschen hängt entscheidend von der lückenlosen Versorgung mit Breitband und dem Zugang zum Mobilfunknetz ab. Das schnelle Internet gehört heute zur Daseinsvorsorge. Es ist gemeinsame Aufgabe von Kommunen, Land und privaten Versorgern, den Weg in die Gigabit-Gesellschaft endlich zu eröffnen. Unser Land darf den Anschluss im Kontext von Globalisierung und Internationalisierung nicht verlieren. Die Weichen dafür müssen heute gestellt werden.

Der Volkswagen Konzern ist der größte privatwirtschaftliche Arbeitgeber in Niedersachsen und der derzeit weltweit führenden Autobauer. Als internationaler Industriekonzern ist VW damit von zentraler Bedeutung für die niedersächsische Wirtschaft. Die Folgen der Abgasaffäre sind für unser Bundesland noch nicht abzusehen. Die niedersächsische Zulieferindustrie und die niedersächsischen Standortkommunen werden von den Auswirkungen dieser Krise erheblich betroffen sein.

Die Einigung von Volkswagen mit den US-Justizbehörden war ein wichtiger Schritt, nicht mehr und nicht weniger. Die CDU erwartet jedoch von den Vertretern des Landes Niedersachsen im Aufsichtsrat des Konzerns mehr als nur die Forderung nach Aufklärung, sie erwartet aktives Mitwirken und ein striktes Einfordern von Konsequenzen für die Verantwortlichen dieses Skandals. Das Land als einer der wichtigsten Anteilseigner hat hier eine besondere Verantwortung. Dieser wird die Landesregierung bisher nicht gerecht. Unser Ziel muss es sein, die Arbeitsplätze von VW in Niedersachsen zu sichern und den Automobilstandort Niedersachsen zu schützen. Niedersachsens Zukunft hängt maßgeblich von VW und der Zuliefererindustrie ab. Wohlwollende Worte hören wir genug, allein es müssen Taten folgen.

Niedersachsen ist und bleibt ein weltoffenes und tolerantes Land. Bei uns finden Menschen unterschiedlicher Hautfarbe, Religion oder Ethnie eine Heimat. Wir leben eine Willkommens- und Anerkennungskultur. Integration kann jedoch nur wechselseitig gelingen. Integration setzt den Willen

dazu voraus. Fordern und fördern gehören zusammen. Die Grundlage unseres Zusammenlebens sind die Normen und Werte des Grundgesetzes. Wer bei uns lebt, muss die Grundwerte unserer freiheitlichen Demokratie respektieren. Wir respektieren andere Lebensweisen und fordern die Bereitschaft zur Teilhabe ein.

Alle Menschen in Niedersachsen sollen sicher leben können und sich sicher fühlen. Der starke Rechtsstaat muss sie vor Gewalt, Kriminalität und Extremismus schützen – ob in der eigenen Wohnung, in den Straßen und auf den Plätzen, in Bussen und Bahnen, im Internet, bei Tag und Nacht. Daher hat die CDU in Niedersachsen ein 7-Punkte-Sofort-Programm vorgelegt. Die Lücken in der Sicherheitsarchitektur unseres Landes müssen schnellstens geschlossen werden. In dessen Mittelpunkt stehen die verbesserte Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden, eine Stärkung von Polizei, Verfassungsschutz und Justiz, eine bessere Ausstattung der Einsatzkräfte, verstärkte Videoüberwachung, verlängerte Frist für die Datenspeicherung, eine konsequente und lückenlose Überwachung und letztlich die Abschiebung von Gefährdern, zudem ein Schutz vor Missbrauch des Asylrechts sowie Präventionsmaßnahmen gegen Radikalisierung gerade junger Menschen.

Die Bürger in Niedersachsen erwarten, dass der Staat Straftäter mit größter Entschlossenheit verfolgt. Die Befugnisse der Polizei dürfen daher nicht eingeschränkt werden, wie aktuell von Rot-Grün bei der Novellierung des Polizeigesetzes geplant. Notwendige Anpassungen an die sicherheitspolitischen Herausforderungen, die andere Bundesländer teilweise längst vorgenommen haben, unterbleiben in Niedersachsen. Tatsächlich beschränkt der Gesetzentwurf den Handlungsrahmen der Polizei. Angesichts der aktuellen terroristischen Bedrohungen ist der rot-grüne Entwurf ein sicherheitspolitischer Offenbarungseid. Das rot-grüne Polizeigesetz selbst wird zum Sicherheitsrisiko. So will die Landesregierung die Gefährderansprache einschränken, die maximale Dauer des Präventiv- und Polizeigewahrsams verkürzen, den Einsatz von Kennzeichenlesegeräten abschaffen und das Schutzgut der „öffentlichen Ordnung“ aus dem Polizeigesetz streichen. Damit erschwert Rot-Grün die Polizeiarbeit. Daher lehnt die CDU das rot-grüne Polizeigesetz aus Überzeugung und Verantwortung für die Sicherheit der Menschen ab. Für eine lückenlose Überwachung islamistischer Gefährder ist entscheidend, dass der Polizei genügend Handlungsoptionen zur Verfügung stehen.

Für mehr Vertrauen

Die Niedersachsen können sich auf unser Handeln, unsere Tatkraft und unsere Entschlossenheit verlassen. Rot-grüne Politik erschöpft sich in Ankündigungen und der Schaffung von Arbeitskreisen. Christdemokratische Politik sagt ehrlich, was wir leisten können. Und wir handeln auch danach.

Die CDU in Niedersachsen steht für solide Finanzen, konsequenten Schuldenabbau, weniger Bürokratie, einen starken und handlungsfähigen Staat sowie für eine klare Abgrenzung zu rechten und linken Populisten.

Wir wollen in Niedersachsen für mehr Wohlstand, mehr Sicherheit und mehr Bildung sorgen.

Dazu wird unsere Politik verlässliche Rahmenbedingungen setzen, mit weniger Verwaltung, mehr Innovation und mehr Investitionen.

Jeder Niedersachse soll auf dem Land oder in der Stadt mit hoher Lebensqualität wohnen, leben und arbeiten können. Daher wollen wir die Infrastruktur stärken: bei der Mobilität, bei der wohnortnahen Versorgung, im Bereich der Gesundheit, der digitalen Anbindung, in Bildung, Ausbildung, Wissenschaft, Forschung, Sport und Kultur.

Wir sind für die Menschen und die Kommunen ein verlässlicher Partner. Verlässlichkeit bedeutet, berechnete Einwände der kommunalen Familie ernst zu nehmen und nicht einfach darüber hinwegzugehen! Ein starkes Land mit starken Kommunen sichert den Menschen Bildung, Arbeit, Sicherheit und Wohlstand.

Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement sind Ausdruck des Prinzips der Subsidiarität, für das die CDU in Niedersachsen eintritt. Mit der demografischen Entwicklung, Veränderungen in Ausbildung und Beruf, der Familie, dem Freizeitverhalten, dem Trend zu Individualisierung, der Digitalisierung oder der Zuwanderung steht das Ehrenamt in Niedersachsen vor großen Herausforderungen.

Weil das bürgerschaftliche Engagement einen unverzichtbaren Beitrag zu einem lebens- und lebenswerten Niedersachsen leistet, will die CDU seine Rahmenbedingungen mit allen Beteiligten gemeinsam gestalten. Denn jeder hat Talente, die das Gemeinwesen bereichern können. Wer sich einsetzt, profitiert von seinen Erfahrungen und wird durch die Anerkennung in der Gesellschaft motiviert. Unser Gemeinwesen ist auf den aktiven Beitrag seiner Bürger angewiesen. Wer sich in einem Ehrenamt oder anderweitig engagiert, hilft anderen und trägt zum guten Miteinander der Menschen bei. Der Sport in Niedersachsen mit seinen Vereinen und Verbänden ist hier ein wichtiger Eckpfeiler für unser Land.

Damit sich bürgerschaftliches Engagement entfalten kann, müssen der bürokratische Aufwand und die rechtlichen Vorgaben so gering wie möglich sein. Rechtliche Vorschriften sowie administrative Verwaltungsaufgaben müssen auf ihre Verträglichkeit mit der ehrenamtlichen Praxis überprüft werden und gegebenenfalls vermindert werden. Das Land und die Kommunen sind in der Verantwortung, dem Ehrenamt die notwendige Infrastruktur und gute Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Diese finanzielle Unterstützung muss kontinuierlich und verlässlich sein. Zudem sind gute, regelmäßige, flächendeckende und kostengünstige Qualifizierungsangebote unerlässlich.

Für mehr Verlässlichkeit

Die CDU in Niedersachsen sieht eine qualitativ hochwertige Bildung, Ausbildung und Erziehung als Schlüssel für die kulturelle, wirtschaftliche und soziale Entwicklung unseres Landes. Wir stehen für eine umfassende Bildung und Wertevermittlung. Gute Bildung fördert Talente und Begabungen. Sie bietet jedem Einzelnen die Chance auf Teilhabe, berufliche Perspektiven und Aufstieg. Bildung schafft Chancen für alle. Lebenslanges Lernen beginnt früh und endet nie. Alle Menschen in Niedersachsen haben das Recht auf ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot. Jeder ist aber auch aufgefordert, dieses Angebot zu nutzen. Bildung ist nicht nur eine Bringschuld des Staates.

Die CDU wird einen Masterplan Bildung auf den Weg bringen mit passgenauen Bildungsmodellen von Kita, über Schule, Ausbildung bis hin zum lebenslangen Lernen für alle Kinder, Jugendliche und Erwachsene in Niedersachsen; für diejenigen, die mehr Unterstützung benötigen genauso wie für die, die hochbegabt sind. Wir halten an dem Ziel fest, dass die Erstausbildung kostenfrei bleibt. Das gehört zu unseren Vorstellungen von sozialer Sicherheit und Vorsorge für die Menschen.

Ausbau und Qualität der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung sind uns wichtig. Der Kita-Besuch soll kostenlos sein. Dies darf nicht zu Lasten der niedersächsischen Kommunen gehen. Hierfür hat die CDU in Niedersachsen bereits 2007 die Grundlagen mit dem beitragsfreien dritten Kindergartenjahr geschaffen. Diesen Weg werden wir konsequent weiterverfolgen und bieten an, noch in diesem Jahr einen gemeinsamen Nachtragshaushalt zu beschließen.

Zusätzlich brauchen wir ein pädagogisches und finanzielles Gesamtpaket. Qualitätsverbesserungen in der frühkindlichen Bildung müssen die Betreuungssituation in Kitas im Blick haben. Daher will die CDU neben der Beitragsfreiheit längere und flexiblere Öffnungszeiten, einen besseren Betreuungsschlüssel und bessere Arbeitsbedingungen für die Erzieher. Der Bedarf an Krippenplätzen muss landesweit, auch in Großstädten mit besonders großer Nachfrage, vollständig gedeckt werden.

Gute Bildung und Erziehung gelingen nur mit gut ausgebildeten und engagierten Schulleitungen, Lehrkräften und Erziehern. Ihre Arbeit verdient Wertschätzung, Anerkennung und eine angemessene Entlohnung. Sie müssen sich auf ihre pädagogischen Aufgaben konzentrieren können und von Verwaltungsaufgaben entlastet werden.

Die Unterrichtsversorgung muss in ganz Niedersachsen flächendeckend gesichert sein, an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen. Der Pflichtunterricht nach der Stundentafel muss im Mittelpunkt stehen. Wir wollen deutlich mehr als 100 Prozent Unterrichtsversorgung im Landesdurchschnitt sicherstellen. Gute Schule muss in erster Linie guten Unterricht gewährleisten. Niedersachsens Schulen müssen auch die Wettbewerbsfähigkeit bei digitaler Bildung sicherstellen.

Jedes Kind in Niedersachsen hat das Recht, gleichberechtigt an allen Bildungsangeboten teilzuhaben. Die Förderschulen in Niedersachsen wollen wir erhalten. Die Inklusion muss mit Augenmaß und mit Blick auf das Wohl der Kinder langfristig angepackt werden.

Die Familien sind und bleiben das zuverlässigste soziale Netz in unserem Gemeinwesen. Deshalb sind sie besonders zu unterstützen – das gilt auch mit Blick auf bezahlbaren Wohnraum. Geförderter Wohnungsbau muss für breite Schichten der Bevölkerung zugänglich sein. Wir brauchen attraktive Quartiere, die familien-, kinder- und seniorenfreundlich sind. Wir werden daher bei der Auflage künftiger Förderprogramme die Bedürfnisse von Familien mit Kindern stärker in den Blick nehmen, aber auch das Bedürfnis einer älter werdenden Bevölkerung nach barrierefreiem Wohnraum berücksichtigen.

Die CDU in Niedersachsen ist startklar!

Gemeinsam machen wir Niedersachsen startklar!

Wir werden gemeinsam Niedersachsen nach vorne bringen!